



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der

56. Sitzung des Gemeinderates

Datum: 18. Juli 2024
Uhrzeit: 19:07 Uhr - 22:25 Uhr
Ort: in der Aula der Schwarzsachtal-Schule Berg
Schriftführer/in: Tanja Warda

Teilnehmer:

1. Bürgermeister	Bergler Peter	
Gemeinderat	Bogner Hans	
Gemeinderat	Braun Alois	
Gemeinderat	Dengler Daniel	
Gemeinderat	Frauenknecht Thomas	
Gemeinderat	Fürst Johann	
Gemeinderat	Haas Stefan	
Gemeinderat	Hierl Johannes	
Gemeinderat	Hierl Michael	
Gemeinderätin	Hierl Susanne	
Gemeinderat	Himmler Florian	
Gemeinderat	Lehmeyer Simon	anwesend ab 20:40 Uhr
Gemeinderat	Lutz Manfred	
Gemeinderat	Mederer Markus	anwesend ab 19:15 Uhr
Gemeinderat	Pöhner Manuel	
Gemeinderat	Sichert Alois	
Gemeinderätin	Späth Erna	
Gemeinderätin	Zaschka Karin	

Entschuldigt:

2. Bürgermeister	Lehmeyer Christian
3. Bürgermeister	Nießlbeck Norbert
Gemeinderat	Geitner Josef

Zusätzliche Teilnehmer:

Frau Radlbeck, Kommunalberatung Radlbeck Straubing
Herr Vogel, Jurenergie eG
Herr Zeller Bosse, Südwerk
Herr Zaschka, Architekturbüro Theo Nutz GmbH
Herr Dr. Güther, DAV-Sektion Altdorf
Herr Stepper, Neumarkter Tagblatt
Frau Riedl, Neumarkter Nachrichten

I TOP Öffentliche Sitzung

Der 1. Bürgermeister Peter Bergler eröffnet um 19:07 Uhr die öffentliche Sitzung.
Die Gemeinderatsmitglieder sind ordnungsgemäß geladen und mehrheitlich erschienen.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1. Anerkennung des Protokolls der letzten öffentlichen Sitzung vom 20.06.2024

Abstimmungsergebnis: Ja 14 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Manfred Lutz und Florian Himmler waren zu dieser Sitzung nicht anwesend.

Die Gemeinderatsmitglieder Markus Mederer und Simon Lehmeier sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

2. Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Berg (Kommunalberatungsbüro Radlbeck, Straubing)

- 2.1 Beitragsbedarfsberechnung (Globalberechnung) und Gebührenbedarfsberechnung

Sachverhalt:

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Bettina Radlbeck von der Kommunalberatung Radlbeck aus Straubing per Teams zugeschaltet.

Jedem Gemeinderatsmitglied liegt das vom Büro Radlbeck erstellte Gutachten mit der Berechnung der Herstellungsbeitragssätze und der Gebührenbedarfsberechnung für die Wasserversorgungseinrichtung der Gemeinde Berg sowie die Entwürfe der neu zu erlassenden Wasserabgabesatzung und der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung in Kopie bzw. digital vor.

Frau Radlbeck erläutert den Mitgliedern des Gemeinderates anhand einer PowerPoint-Präsentation die Berechnung der Herstellungsbeiträge und der Verbrauchsgebühr für die Wasserversorgungseinrichtung.

- Bezugsflächen:
 - Grundstücksflächen: 3.670.028,77 m²
 - Geschossflächen: 1.306.769,93 m²
- Herstellungsaufwand: 20.187.853,05 Euro
- Zuwendungen:
Für die Herstellung der Wasserversorgungseinrichtung wurden bisher insgesamt Zuwendungen in Höhe von 7.361.107,12 Euro gewährt.
- Ermittlung des umlegungsfähigen Aufwandes:

Herstellungsaufwand:	20.187.853,05 Euro
- Zuwendungen:	- 7.361.107,12 Euro
= Umlegungsfähiger Aufwand:	12.826.745,93 Euro

- Berechnung der Herstellungsbeiträge:

Was die beitragsmäßige Abwicklung betrifft, wird der umlegungsfähige Aufwand in Höhe von 12.826.745,93 Euro wie bisher zu 1/3 auf die Summe der Grundstücksflächen (3.670.028,77 m²) und zu 2/3 auf die Summe der Geschossflächen (1.306.769,93 m²) verteilt.

- Umlegung 1/3 zu 2/3:

12.826.745,93 Euro x 1/3: 3.670.028,77 m² = 1,16 Euro/m² für die Grundstücksfläche

12.826.745,93 Euro x 2/3: 1.306.769,93 m² = 6,54 Euro/m² für die Geschossfläche

Demnach ergeben sich folgende Beitragssätze:

	Grundstücksfläche (Euro/m²)	Geschossfläche (Euro/m²)
Beitrag neu	1,16	6,54
Beitrag (lt. Satzung aus 2020)	1,08	6,21

Die Gemeinde erhebt **derzeit** einen Grundstücksflächenbeitrag von 1,08 €/m² und einen Geschossflächenbeitrag von 6,21 €/m² (BGS/WAS vom 15.12.2023).

Der Beitrag **steigt** somit in der Grundstücksfläche um 0,08 Euro pro Quadratmeter und in der Geschossfläche um 0,33 Euro pro Quadratmeter.

- Gebührenbedarfsberechnung:

Ferner legt Frau Radlbeck den Mitgliedern des Gemeinderates die Berechnung der Wasserverbrauchsgebühr dar und zeigt im Einzelnen die Nachkalkulation der Jahre 2020 bis 2024 sowie die Vorkalkulation der Jahre 2025 bis 2028 auf.

Des Weiteren gibt sie den voraussichtlichen Gebührenbedarf - welcher sich in den Jahren 2025 bis 2028 wie folgt darstellt - bekannt:

	Euro/m³
2025	2,15
2026	2,14
2027	2,15
2028	2,18
Durchschnittlicher Gebührensatz im Kalkulationszeitraum 2025 - 2028	2,15
Gebühr lt. Satzung aus 2020	1,17

Die Gemeinde erhebt derzeit eine Verbrauchsgebühr von 1,17 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers (BGS/WAS vom 15.12.2023).

Die Gebühr steigt somit für die Jahre 2025 bis 2028 von derzeit 1,17 Euro/m³ auf 2,15 Euro/m³ um 0,98 Euro/m³ an.

2.2 Neuerlass der Satzung für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Berg (Wasserabgabesatzung - WAS -)

Sachverhalt:

Frau Radlbeck geht in ihren Ausführungen auf die Änderungen in der Wasserabgabesatzung sowie der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS) ein (vgl. farblich gekennzeichnete Stellen in den Satzungsentwürfen - welche die wesentlichen Änderungen markieren).

Insgesamt haben sich sämtliche zugrundeliegenden Kosten erhöht. Bei den Betriebskosten schlagen hauptsächlich die Stromkosten, der Fremdwasserbezug und die Personalkosten zu

Buche. Die kalkulatorischen Kosten sind aufgrund verschiedener Investitionen (Quelle Hausheim, Rohrleitungssanierungen, Baugebiete) ebenfalls höher als im Vorkalkulationszeitraum.

Es wird empfohlen, die Wasserabgabesatzung neu zu erlassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf der Satzung für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Berg (Wasserabgabesatzung – WAS -) als Satzung. Dieser Satzungsentwurf, der allen Mitgliedern des Gemeinderates vorliegt und dieser Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt wird, ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Satzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

2.3 Neuerlass der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Berg (BGS/WAS)

Sachverhalt:

Weiter geht Frau Radlbeck in ihren Ausführungen auf die Änderungen in der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Berg ein (vgl. farblich gekennzeichnete Stellen im Satzungsentwurf – welche die wesentlichen Änderungen markieren).

Der Beitrag beträgt m² Grundstücksfläche 1,16 Euro und pro m² Geschossfläche 6,54 Euro.

Die Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit Dauerdurchfluss (Q₃):

Dauerdurchfluss (Q ₃)	
bis 4 m ³ /h	70,00 Euro/Jahr
bis 10 m ³ /h	160,00 Euro/Jahr
bis 16 m ³ /h	280,00 Euro/Jahr
bis 25 m ³ /h	445,00 Euro/Jahr
bis 63 m ³ /h	600,00 Euro/Jahr
bis 100 m ³ /h	800,00 Euro/Jahr

Die Verbrauchsgebühr beträgt 2,15 Euro/m³ entnommenen Wassers.

Es wird empfohlen, die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung neu zu erlassen.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer stellt die Frage, ob die großen Sprünge der Wasserverbrauchsgebühr auch in anderen Kommunen einen Trend darstellt. Darüber kann Frau Radlbeck keine positiven Nachrichten vermelden, dies sei im Moment die aktuelle Tendenz, dieser Trend geht mit den stets wachsenden Stromkosten einher. Herr Mederer fragt weiter, wieviel Prozent die Stromkosten an den Gesamtkosten ausmachen würden. Frau Radlbeck bietet an, dies auszurechnen und über die Verwaltung mitteilen zu lassen. Herr Mederer stimmt diesem Vorgehen zu.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den vorliegenden Entwurf der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Berg (BGS/WAS) mit den o. a. Beitrags- und Gebührensätzen als Satzung.

Dieser Satzungsentwurf, der allen Mitgliedern des Gemeinderates vorliegt und dieser Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt wird, ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Die Satzung tritt am 01.10.2024 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

3. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nordost 2“ sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 16

Sachverhalt:

Eine Prüfung der aktuellen Entwürfe hat ergeben, dass die Kriterien des gemeindlichen Leitfadens über die Zulässigkeit von Photovoltaik-Freiflächenanlagen wie folgt eingehalten werden:

Flächenkriterien

Soll die Installation von PV-Anlagen in diesen Gebieten möglich sein		Kriterien	PV-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nordost 2
Ja	Nein		
	x	Schutzgebiete des Naturschutzes (LfU): Nationalparke, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente, Biosphärenreservate	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Naturparke	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Landschaftsschutzgebiete	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Schutzgebiete zur Erhaltung gefährdeter oder typischer Lebensräume und Arten (Natura 2000): Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Amtlich kartierte Biotope (LfU): Geschützte Biotope (gemäß §30 BNatSchG und Art.23 BayNatSchG)	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Ökoflächenkataster (LfU): Rechtlich festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzflächen	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Landschaftsprägende Denkmäler (LfU): Besonders bedeutende oder weithin einsehbare Landschaftsteile wie landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen	- nicht betroffen (Bayern Atlas)

	x	Wassersensible Bereiche (LfU): Gebiete, die durch den Einfluss von Wasser geprägt sind und den natürlichen Einflussbereich des Wassers kennzeichnen, in dem es zu Überschwemmungen und Überspülungen kommen kann.	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Überschwemmungsgebiete und Hochwassergefahrenflächen (LfU): - Festgesetzte Überschwemmungsgebiete - Geschützte Gebiete HQ100 - Hochwassergefahrenflächen (HQ100 / HQ häufig / HQ extrem) - Vorläufig gesicherte Gebiete zur HW-Entlastung/-Rückhaltung - Vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Bodendenkmäler und Geotope	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Flächen in Wasserschutzgebieten der <u>Schutzzone W I + II</u> (LfU): Trinkwasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete	- nicht betroffen (Bayern Atlas + Flächennutzungsplan)
	x	Flächen, die in der Blickbeziehung von Kultur- oder Naturdenkmälern stehen bzw. das Landschaftsbild beeinträchtigen → Ludwig-Main-Donau-Kanal: 200 Meter links und rechts des Kanals keine Eignung	- nicht betroffen (Bayern Atlas)
	x	Flächen, die näher als <u>300 m</u> von der nächsten Siedlungsgrenze entfernt liegen	- nächste Siedlung (Reicheltshofen) ist ca. 820 Meter entfernt
	x	Potenzielle Erweiterungsflächen für Wohnbebauung und Gewerbe	- nicht betroffen (Flächennutzungsplan)
x		Konversionsflächen und andere vorbelastete Flächen, für die es keine andere Nutzung gibt	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen in unmittelbarer Nähe eines 200 m Korridors zu Autobahnen und Schienenwegen	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen, die zum Zeitpunkt des Beschlusses der Aufstellung bzw. Änderung des Bebauungsplanes bereits versiegelt waren	- vorliegend nicht der Fall

Sonstige Kriterien

Ist das nachfolgende Kriterium wichtig?	Individuelles Kriterium	Bemerkung
---	-------------------------	-----------

Ja	Nein		
x		Bürgerbeteiligung an der regionalen Wertschöpfung mit niedriger Einstiegschwelle für die Bürger. Vorrangig soll sich die Beteiligung an die Bürger der beleagerten Gemarkung und Gemeinde richten. Hierfür ist ein Informations- und Kommunikationskonzeptes für die Bürger (z.B. Informationsveranstaltungen) vorzusehen.	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger ein entsprechendes Konzept nachzuweisen. Diesem Konzept hat der Gemeinderat zuzustimmen.
x		Eine Natur- und Artenschutz fördernde <u>bauliche Umsetzung und Bewirtschaftung</u> der Anlage (Vorlage eines Konzepts). Als Vorlage dient der Kriterienkatalog der Interessensgemeinschaft Triesdorfer Biodiversitätsstrategie. Sollten einzelne Kriterien dieses Kriterienkatalogs nicht eingehalten werden, so ist dies im Konzept zu begründen	- Berücksichtigung der Triesdorfer Biodiversitätsstrategie ist der Begründung als Anlage beigefügt. Weidehaltung ist als Alternative festgesetzt, um eine dauerhafte Pflege der Fläche zu gewährleisten.
x		Finanzielle Sicherheit des Antragstellers/Investors vorab zu erbringen (auch bzgl. Rückbau und Entsorgung) <ul style="list-style-type: none"> - Bürgschaft - Liquiditätsnachweis - Bonitätsnachweis 	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger einen Durchführungsvertrag mit der Gemeinde abzuschließen, in dem die finanziellen Sicherheiten geregelt werden. Der Vertrag ist vorab vom Gemeinderat zu billigen.
x		Bestätigung der Möglichkeit über Anbindung der Anlage an das Stromnetz per Erdverkabelung	- Noch vor dem Satzungsbeschluss soll der Vorhabenträger eine entsprechende Bestätigung vorlegen.
x		Eine finanzielle Beteiligung der Kommune ist gemäß der jeweils aktuell gültigen Rechtsgrundlage zu erörtern	- Gemäß § 6 EEG sollen Anlagenbetreiber den Gemeinden, die von der Errichtung einer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Diese Vereinbarung darf erst nach einem etwaigen Satzungsbeschluss getätigt werden (Vorteilsnahme soll so verhindert werden).

3.1 Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 26. Oktober 2023 wurde beschlossen, dass die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchgeführt werden soll.

Die Beteiligung fand vom 04. Dezember 2023 bis einschließlich zum 05. Januar 2024 statt. Während der Auslegungsfrist hatte jedermann die Möglichkeit, Stellungnahmen, Wünsche und Anregungen bzw. Einwände, vorzubringen.

Von Seiten der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein.

Insgesamt wurden 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an dem Bauleitplanverfahren beteiligt. Von diesen 41 Fachstellen haben 30 keine Stellungnahmen bzw. Einwände abgegeben. 11 Stellen haben Anregungen zur Planung vorgebracht.

Die Stellungnahmen und Beschlussvorschläge bzgl. der Abwägung wurden bereits mit der Sitzungseinladung übermittelt.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von den eingegangenen Stellungnahmen zum Bauleitplanverfahren. Die Beschlussfassung erfolgt entsprechend der Empfehlungen in der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

3.2 Beschluss über die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Beschluss:

Der vom Büro TEAM 4 erstellte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nordost 2“ mit der parallelen Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 16, jeweils in der Fassung vom 20.06.2024 werden gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

4. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Reicheltshofen – Nordost“ sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 11

Sachverhalt:

Eine Prüfung der aktuellen Entwürfe hat ergeben, dass die Kriterien des gemeindlichen Leitfadens über die Zulässigkeit von Photovoltaik-Freiflächenanlagen wie folgt eingehalten werden:

Flächenkriterien

Soll die Installation von PV-Anlagen in diesen Gebieten möglich sein		Kriterien	PV-Freiflächenanlage Reicheltshofen – Nordost
Ja	Nein		
	x	Schutzgebiete des Naturschutzes (LfU): Nationalparke, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente, Biosphärenreservate	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Naturparke	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Landschaftsschutzgebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas)

	x	Schutzgebiete zur Erhaltung gefährdeter oder typischer Lebensräume und Arten (Natura 2000): Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Amtlich kartierte Biotop (LfU): Geschützte Biotop (gemäß §30 BNatSchG und Art.23 BayNatSchG)	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Ökoflächenkataster (LfU): Rechtlich festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzflächen	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Landschaftsprägende Denkmäler (LfU): Besonders bedeutende oder weithin einsehbare Landschaftsteile wie landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Wassersensible Bereiche (LfU): Gebiete, die durch den Einfluss von Wasser geprägt sind und den natürlichen Einflussbereich des Wassers kennzeichnen, in dem es zu Überschwemmungen und Überspülungen kommen kann.	<p>- Der östliche Geltungsbereich ist geringfügig als wassersensibler Bereich kartiert, dieser kennzeichnet den natürlichen Einflussbereich des Wassers, allerdings ohne definierte Jährlichkeit des Abflusses.</p> <p>Anhand der derzeitigen Vegetation sind lt. Planungsbüro keine besonderen Feuchtstellen im Geltungsbereich erkennbar, die auf oberflächennahe Grundwasserstände hinweisen.</p> <p>- eine städtebaulich bzw. bauleitplanerisch hindernde Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes wurde nicht abgegeben.</p>
	x	Überschwemmungsgebiete und Hochwassergefahrenflächen (LfU): <ul style="list-style-type: none"> - Festgesetzte Überschwemmungsgebiete - Geschützte Gebiete HQ100 - Hochwassergefahrenflächen (HQ100 / HQhäufig / HQextrem) - Vorläufig gesicherte Gebiete zur HW-Entlastung/-Rückhaltung - Vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete 	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Bodendenkmäler und Geotope	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Flächen in Wasserschutzgebieten der <u>Schutzzone W I + II</u> (LfU): Trinkwasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas + Flächennutzungsplan)

	x	Flächen, die in der Blickbeziehung von Kultur- oder Naturdenkmälern stehen bzw. das Landschaftsbild beeinträchtigen → Ludwig-Main-Donau-Kanal: 200 Meter links und rechts des Kanals keine Eignung	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Flächen, die näher als <u>300 m</u> von der nächsten Siedlungsgrenze entfernt liegen	- nächste Siedlung (Reicheltshofen) ist ca. 220 Meter entfernt - lt. Vorhabenträger wurde im März 2024 mit den Anwohnern der nächstgelegenen Häuser gesprochen und eine entsprechende mündliche Zustimmung eingeholt. Für diese Anwohner soll nichts gegen eine Unterschreitung der 300 m sprechen.
	x	Potenzielle Erweiterungsflächen für Wohnbebauung und Gewerbe	- nicht betroffen (Flächennutzungsplan)
x		Konversionsflächen und andere vorbelastete Flächen, für die es keine andere Nutzung gibt	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen in unmittelbarer Nähe eines 200 m Korridors zu Autobahnen und Schienenwegen	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen, die zum Zeitpunkt des Beschlusses der Aufstellung bzw. Änderung des Bebauungsplanes bereits versiegelt waren	- vorliegend nicht der Fall

Sonstige Kriterien

Ist das nachfolgende Kriterium wichtig?		Individuelles Kriterium	Bemerkung
Ja	Nein		
x		Bürgerbeteiligung an der regionalen Wertschöpfung mit niedriger Einstiegschwelle für die Bürger. Vorrangig soll sich die Beteiligung an die Bürger der beleagerten Gemarkung und Gemeinde richten. Hierfür ist ein Informations- und Kommunikationskonzeptes für die Bürger (z.B. Informationsveranstaltungen) vorzusehen.	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger ein entsprechendes Konzept nachzuweisen. Diesem Konzept hat der Gemeinderat zuzustimmen.
x		Eine Natur- und Artenschutz fördernde <u>bauliche Umsetzung und Bewirtschaftung</u> der Anlage (Vorlage eines Konzepts). Als Vorlage dient der Kriterienkatalog der	- Berücksichtigung der Triesdorfer Biodiversitätsstrategie ist der Begründung als Anlage beigefügt. Weidehaltung ist als Alternative

		Interessensgemeinschaft Triesdorfer Biodiversitätsstrategie. Sollten einzelne Kriterien dieses Kriterienkatalogs nicht eingehalten werden, so ist dies im Konzept zu begründen	festgesetzt, um eine dauerhafte Pflege der Fläche zu gewährleisten.
x		Finanzielle Sicherheit des Antragstellers/Investors vorab zu erbringen (auch bzgl. Rückbau und Entsorgung) <ul style="list-style-type: none"> - Bürgschaft - Liquiditätsnachweis - Bonitätsnachweis 	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger einen Durchführungsvertrag mit der Gemeinde abzuschließen, in dem die finanziellen Sicherheiten geregelt werden. Der Vertrag ist vorab vom Gemeinderat zu billigen.
x		Bestätigung der Möglichkeit über Anbindung der Anlage an das Stromnetz per Erdverkabelung	- Noch vor dem Satzungsbeschluss soll der Vorhabenträger eine entsprechende Bestätigung vorlegen.
x		Eine finanzielle Beteiligung der Kommune ist gemäß der jeweils aktuell gültigen Rechtsgrundlage zu erörtern	- Gemäß § 6 EEG sollen Anlagenbetreiber den Gemeinden, die von der Errichtung einer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Diese Vereinbarung darf erst nach einem etwaigen Satzungsbeschluss getätigt werden (Vorteilsnahme soll so verhindert werden).

4.1 Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 26. Oktober 2023 wurde beschlossen, dass die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchgeführt werden soll.

Die Beteiligung fand vom 04. Dezember 2023 bis einschließlich zum 05. Januar 2024 statt. Während der Auslegungsfrist hatte jedermann die Möglichkeit, Stellungnahmen, Wünsche und Anregungen bzw. Einwendungen, vorzubringen.

Von Seiten der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein.

Insgesamt wurden 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an dem Bauleitplanverfahren beteiligt. Von diesen 41 Fachstellen haben 29 keine Stellungnahmen bzw. Einwände abgegeben. 12 Stellen haben Anregungen zur Planung vorgebracht.

Die Stellungnahmen und Beschlussvorschläge bzgl. der Abwägung wurden bereits mit der Sitzungseinladung übermittelt.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Florian Himmler geht auf die Stellungnahmen ein und merkt an, dass die 300 m Entfernung zur nächsten Siedlungsgrenze nicht eingehalten werden und sich der Vorhabenträger auf die mündliche Zustimmung der Anwohner beruft. Er spricht sich dafür aus, dass die Vorhabenträger diese Zustimmung schriftlich einholen sollen. Herr Zeller Bosse ist anwesend und gibt dahingehend seine Zustimmung. Des Weiteren gibt Herr Himmler an, dass in den Kriterien der Geltungsbereich als geringfügig wassersensibler Bereich kartiert sei. Herr Fink gibt an, dass die Anlage keine Hinderung im Abfluss darstellen wird. Auf die Nachfrage, ob das Gremium in der Zukunft über die Bürgerbeteiligung und finanzielle Absicherungen abstimmen wird, wird von Herrn Fink bejaht. Dies wird vor dem Satzungsbeschluss noch zu beschließen sein.

Das Gremium spricht sich dafür aus, dass die Zustimmung der Anwohner durch Unterschriften eingeholt werden müssen und der Beschluss dahingehend ergänzt wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von den eingegangenen Stellungnahmen zum Bauleitplanverfahren. Die Beschlussfassung erfolgt entsprechend der Empfehlungen in der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Zustimmung der Anwohner wird schriftlich durch den Vorhabenträger eingeholt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

- 4.2 Beschluss über die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Beschluss:

Der vom Büro TEAM 4 erstellte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Reicheltshofen – Nordost“ mit der parallelen Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 11, jeweils in der Fassung vom 20.06.2024 werden gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

5. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nord 1“ sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 15

Sachverhalt:

Eine Prüfung der aktuellen Entwürfe hat ergeben, dass die Kriterien des gemeindlichen Leitfadens über die Zulässigkeit von Photovoltaik-Freiflächenanlagen wie folgt eingehalten werden:

Flächenkriterien

Soll die Installation von PV-Anlagen in diesen Gebieten möglich sein		Kriterien	PV-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nord 1
Ja	Nein		
	x	Schutzgebiete des Naturschutzes (LfU): Nationalparke, Naturschutzgebiete, Nationale Naturmonumente, Biosphärenreservate	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Naturparke	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Landschaftsschutzgebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas)

	x	Schutzgebiete zur Erhaltung gefährdeter oder typischer Lebensräume und Arten (Natura 2000): Vogelschutzgebiete, FFH-Gebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Amtlich kartierte Biotop (LfU): Geschützte Biotop (gemäß §30 BNatSchG und Art.23 BayNatSchG)	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Ökoflächenkataster (LfU): Rechtlich festgesetzte Ausgleichs- und Ersatzflächen	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Landschaftsprägende Denkmäler (LfU): Besonders bedeutende oder weithin einsehbare Landschaftsteile wie landschaftsprägende Höhenrücken, Kuppen und Hanglagen	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Wassersensible Bereiche (LfU): Gebiete, die durch den Einfluss von Wasser geprägt sind und den natürlichen Einflussbereich des Wassers kennzeichnen, in dem es zu Überschwemmungen und Überspülungen kommen kann.	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Überschwemmungsgebiete und Hochwassergefahrenflächen (LfU): - Festgesetzte Überschwemmungsgebiete - Geschützte Gebiete HQ100 - Hochwassergefahrenflächen (HQ100 / HQhäufig / HQextrem) - Vorläufig gesicherte Gebiete zur HW-Entlastung/-Rückhaltung - Vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Bodendenkmäler und Geotope	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Flächen in Wasserschutzgebieten der <u>Schutzzone W I + II</u> (LfU): Trinkwasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete	- nicht betroffen (BayernAtlas + Flächennutzungsplan)
	x	Flächen, die in der Blickbeziehung von Kultur- oder Naturdenkmälern stehen bzw. das Landschaftsbild beeinträchtigen → Ludwig-Main-Donau-Kanal: 200 Meter links und rechts des Kanals keine Eignung	- nicht betroffen (BayernAtlas)
	x	Flächen, die näher als <u>300 m</u> von der nächsten Siedlungsgrenze entfernt liegen	- nächste Siedlung (Stöckelsberg) ist ca. 380 Meter entfernt
	x	Potenzielle Erweiterungsflächen für Wohnbebauung und Gewerbe	- nicht betroffen (Flächennutzungsplan)

x		Konversionsflächen und andere vorbelastete Flächen, für die es keine andere Nutzung gibt	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen in unmittelbarer Nähe eines 200 m Korridors zu Autobahnen und Schienenwegen	- vorliegend nicht der Fall
x		Flächen, die zum Zeitpunkt des Beschlusses der Aufstellung bzw. Änderung des Bebauungsplanes bereits versiegelt waren	- vorliegend nicht der Fall

Sonstige Kriterien

Ist das nachfolgende Kriterium wichtig?		Individuelles Kriterium	Bemerkung
Ja	Nein		
x		Bürgerbeteiligung an der regionalen Wertschöpfung mit niedriger Einstiegschwelle für die Bürger. Vorrangig soll sich die Beteiligung an die Bürger der belegenen Gemarkung und Gemeinde richten. Hierfür ist ein Informations- und Kommunikationskonzeptes für die Bürger (z.B. Informationsveranstaltungen) vorzusehen.	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger ein entsprechendes Konzept nachzuweisen. Diesem Konzept hat der Gemeinderat zuzustimmen.
x		Eine Natur- und Artenschutz fördernde <u>bauliche Umsetzung und Bewirtschaftung</u> der Anlage (Vorlage eines Konzepts). Als Vorlage dient der Kriterienkatalog der Interessensgemeinschaft Triesdorfer Biodiversitätsstrategie. Sollten einzelne Kriterien dieses Kriterienkatalogs nicht eingehalten werden, so ist dies im Konzept zu begründen	- Berücksichtigung der Triesdorfer Biodiversitätsstrategie ist der Begründung als Anlage beigelegt. Weidehaltung ist als Alternative festgesetzt, um eine dauerhafte Pflege der Fläche zu gewährleisten.
x		Finanzielle Sicherheit des Antragstellers/Investors vorab zu erbringen (auch bzgl. Rückbau und Entsorgung) <ul style="list-style-type: none"> - Bürgschaft - Liquiditätsnachweis - Bonitätsnachweis 	- noch vor dem Satzungsbeschluss hat der Vorhabenträger einen Durchführungsvertrag mit der Gemeinde abzuschließen, in dem die finanziellen Sicherheiten geregelt werden. Der Vertrag ist vorab vom Gemeinderat zu billigen.
x		Bestätigung der Möglichkeit über Anbindung der Anlage an das Stromnetz per Erdverkabelung	- Noch vor dem Satzungsbeschluss soll der Vorhabenträger eine entsprechende Bestätigung vorlegen.
x		Eine finanzielle Beteiligung der Kommune ist gemäß der jeweils aktuell gültigen Rechtsgrundlage zu erörtern	- Gemäß § 6 EEG sollen Anlagenbetreiber den Gemeinden, die von der Errichtung einer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Diese Vereinbarung darf erst nach einem etwaigen Satzungsbeschluss getätigt werden (Vorteilsnahme soll so

			verhindert werden).
--	--	--	---------------------

5.1 Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 26. Oktober 2023 wurde beschlossen, dass die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange durchgeführt werden soll.

Die Beteiligung fand vom 11. Dezember 2023 bis einschließlich zum 12. Januar 2024 statt. Während der Auslegungsfrist hatte jedermann die Möglichkeit, Stellungnahmen, Wünsche und Anregungen bzw. Einwendungen, vorzubringen.

Von Seiten der Öffentlichkeit gingen keine Stellungnahmen ein.

Insgesamt wurden 41 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange an dem Bauleitplanverfahren beteiligt. Von diesen 41 Fachstellen haben 25 keine Stellungnahmen bzw. Einwände abgegeben. 16 Stellen haben Anregungen zur Planung vorgebracht.

Die Stellungnahmen und Beschlussvorschläge bzgl. der Abwägung wurden bereits mit der Sitzungseinladung übermittelt.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von den eingegangenen Stellungnahmen zum Bauleitplanverfahren. Die Beschlussfassung erfolgt entsprechend der Empfehlungen in der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

5.2 Beschluss über die förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange

Beschluss:

Der vom Büro TEAM 4 erstellte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nord 1“ mit der parallelen Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 15, jeweils in der Fassung vom 20.06.2024 werden gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

6. Chunradus-Grundschule Sindlbach - Sanierungskonzept

6.1 Vorstellung des Vorentwurfs durch Architekt Michael Zaschka

Sachverhalt:

Seitens des Architekten Herrn Michael Zaschka vom Architekturbüro Theo Nutz GmbH aus Neumarkt wurde die bauliche Situation an der Chunradus-Grundschule Sindlbach v. a. im Hinblick auf die Gewerke Bodenbeläge, Heizung und Sanitäranlagen mittels einer PowerPoint Präsentation dem Gremium vorgestellt.

Er geht auf die Historie des Gebäudes ein. Die beiden Hauptgebäude wurden 1950 erbaut und 1988 durch den Zwischenbau ergänzt. Weiter ist zu bemerken, dass im Jahre 2009 eine energetische Sanierung des Gebäudes u. a. mit einem neuen WDV – System der Fassade und einer neuen Dacheindeckung erfolgt ist. Die damaligen Kosten beliefen sich auf insgesamt 353.966,54 €. Die Maßnahme wurde im Rahmen der Energetische Modernisierung der Infrastruktur in Kommunen - Konjunkturpaket II – seitens des Staates in Höhe von 211.000,00 € gefördert.

Im Sanierungskonzept des Architekturbüros Nutz sind folgende Maßnahmen aufgeführt, die Schimmelsanierung im Klassenraum des Bauteils A, eine Brandschutztechnische Bewertung von relevanten Bauteilen, eine Errichtung eines zweiten Rettungsweges mittels einer Fluchttreppe, Untersuchung und Austausch der Fußboden- und Deckenbauten, die Erneuerung der abgehängten Decken in Schallschutzdecken, Fliesen- und Malerarbeiten, Modernisierung der Toilettenanlagen, Erneuerung der Heizung, Austausch der elektrischen Anlagen sowie Erneuerung der Beleuchtung und der Einbau einer dezentralen Lüftung. Herr Zaschka merkt an, dass diese Auflistung nicht abschließend ist. Die aktuellen Maßnahmen sind eine erste Einschätzung und sind im Rahmen einer Grundlagenermittlung und Vorentwurfsplanung auf Erfordernis, Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit zu untersuchen.

Des Weiteren ist anzumerken, dass seitens der Regierung der Oberpfalz auf einen barrierefreien Ausbau der Chunradus Grundschule Sindlbach verzichtet werden kann, da an der Schwarzaachtal-Schule Berg die Barrierefreiheit ersatzweise uneingeschränkt gegeben ist. Die anerkannten förderfähigen Flächen belaufen sich auf rund 360 m². Der Kostenrichtwert für das Jahr 2024 beläuft sich auf 6.682 €/m². Das Objekt ist förderfähig, da die „Bagatellgrenze“ von mind. 25% des Kostenrichtwertes überschritten wird. Seitens der Regierung ist eine Förderung von ca. 40 – 50 % der förderfähigen Kosten zu erwarten. Zusätzlich gäbe es Möglichkeiten einer energetischen Förderung wie zum Beispiel die Einrichtung einer neuen Heizungsanlage.

Herr Zaschka stellt weiter den ersten Kostenrahmen vor. Dieser wird auf ca. 1,3 Mio. € geschätzt. Hierbei sind Außenanlagen, Festeinbauten wie Schränke, Küchen, Möbel etc. nicht berücksichtigt. Ein Neubau mit ca. 360 m² förderfähiger Hauptnutzungsfläche würde mit mindestens 2,4 Mio. € kalkuliert.

Der Erhalt von „Dorfschulen“, so Herr Zaschka, wird grundsätzlich von der Staatsregierung begrüßt und unterstützt. Er spricht sich für eine rentable Vorgehensweise aus, da bereits 2009 mit Investitionen in die Fassaden- und Dachsanierung ein längerfristiger Erhalt der Schule beschlossen wurde. Er weist aber auch ganz klar darauf hin, dass eine Sanierung immer ein Restrisiko verdeckter, nicht erkennbarer Mängel verbirgt.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Stefan Haas spricht sich klar für die Sanierung der Chunradus-Grundschule aus und hat die Nachfrage, wie lange die Bauzeit geplant wäre.

Herr Zaschka teilt mit, dass zum Frühjahr 2025 der Umbau anlaufen könnte und mit der Fertigstellung in ca. 1 Jahr bis zum Frühjahr 2026 zu rechnen sei.

Gemeinderatsmitglied Michael Hierl hat die Nachfrage, ob der Bauteil B das sog. „Lehrerhaus“ bei der energetischen Sanierung mitberücksichtigt werden soll. Herr Zaschka merkt diesbezüglich an, dass dieser Bauteil 2009 bereits neu verputzt sei sowie neue Fenster gesetzt wurden. Das Architekturbüro würde diese Substanz nicht angreifen wollen, sondern lediglich mit einer neuen Heizungsanlage ergänzen.

Gemeinderatsmitglied Erna Späth erkundigt sich, auf welchen Betrag sich die alleinige Schimmelentfernung belaufen würde. Die Entfernung ohne Zuschüsse würde sich auf rund 80.000 € belaufen, so Michael Zaschka.

Gemeinderatsmitglied Florian Himmler sieht Bedenken im Beschlussvorschlag der Verwaltung und merkt an, dass es auch eine Alternative Betrachtung diesbezüglich geben sollte. Dies wäre wichtig für die Entscheidung des Gremiums, um mit verfügbaren Mitteln sorgsamer umzugehen. Daraufhin informiert der erste Bürgermeister, dass nur ein Neubau an der Schwarzaachtal-Schule in Berg die alternative darstellt. Das Gremium hat sich in der letzten Sitzung klar für eine Sanierung ausgesprochen.

Gemeinderatsmitglied Alois Braun fragt nach, ob alle Fußböden und Decken im gesamten Bau erneuert werden sollen und in diesem Zuge die geforderte Deckenhöhe weiterhin gewährleistet

wäre. Dies kann Architekt Zaschka bejahen, die geforderte Höhe wird weiterhin gegeben sein. Im Rahmen des Brandschutzes wird der Austausch der Böden und Zimmerdecken erforderlich sein.

Gemeinderatsmitglied Hans Bogner spricht sich klar für eine Sanierung aus. Für ihn kommt ein Neubau nicht in Frage. Allerdings muss, eine langfristige Nutzung gegeben sein. Er richtet seine Frage an Rektor Thomas Frauenknecht, ob die OGTS weiter Bestand haben wird.

Gemeinderatsmitglied Thomas Frauenknecht bejaht dies und geht weiter auf die Bedenken von Gemeinderatsmitglied Florian Himmler ein und erläutert, dass es ohne einen Neubau in Berg keine weiteren Alternativen gäbe. Er könne maximal 3 Jahre mit der Umstrukturierung an der Schwarzachtal-Schule in Berg arbeiten, in dem er dort alle Fachräume in Klassenräume umplanen wird. Er spricht sich klar für die Grundschule in Sindlbach aus, die Schule gehört in den Ort Sindlbach und soll daher erhalten werden.

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer sieht die Notwendigkeit der Sanierung gegeben und merkt an die Baunebenkosten zu bedenken. Nach Angabe von Herrn Zaschka würden die geschätzten Kosten in Höhe von 1,3 Mio. € die Baunebenkosten beinhalten. Bei der Beschlussfassung schlägt er vor, den Planungsauftrag für die Leistungsphasen 1-3, welche als Grundlagen für den FAG- Antrag ausreichen, zu vergeben.

Gemeinderatsmitglied Daniel Dengler hat die Nachfrage, wie die weitere Vorgehensweise sein wird. Wird seitens des Architekturbüros das Gremium weiterhin über die Bauabschnitte, Kostenberechnungen und Fortschritte informiert werden? Dies wird von Herrn Zaschka bejaht. Das Architekturbüro wird, sobald die Kosten vorliegen, das Gremium darüber informieren.

Gemeinderatsmitglied Karin Zaschka bittet das Architekturbüro vor allem die sanitären Anlagen kindgerecht zu gestalten sowie die Sanierungsmaßnahmen kindgemäß zu optimieren. Daraufhin informiert Architekt Zaschka, dass im Zuge der Konzeptentwicklung geplant sei, die Nutzer in die Planung miteinzubeziehen. Er sieht auch von einem Umbau/Abriss einzelner Wände ab und wird sich auf die bestehenden Räumlichkeiten konzentrieren.

6.2 Beschluss über die weitere Vorgehensweise

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt die vorgestellten Maßnahmen zur Sanierung der Chunradus Grundschule Sindlbach und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterführung der Planungen mit den Leistungsphasen 1 bis 3 sowie der Antragsstellung für die FAG-Förderung bei der Regierung der Oberpfalz.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

7. Information- DAV Sektion Altdorf, MTB-Trainingsareal am Rascher Berg

Sachverhalt:

e.V. mittels PowerPoint Präsentation das Projekt des MTB-Trainingsareals am Rascher Berg dem Gremium vor.

Die Motivation das MTB-Trainingsareal am Rascher Berg zu errichten erschloss sich aufgrund teils konträrer Belange des Naturschutzes, Klimaschutzes sowie dem wachsenden Trend zum naturnahen Freizeitsport.

Der DAV hat nach intensiven Diskussionen beschlossen, sich als überregionaler Naturschutzverein der Problematik Mountainbike nicht zu entziehen, sondern im Rahmen seiner Möglichkeiten steuernd einzugreifen. Der Trend ist da, man könne nur versuchen die Aktivitäten zu kanalisieren. Trails werden durch Mountainbiker gesucht, befahren, getrackt und in sozialen Medien geteilt. Die Konzentration der MTB- Aktivitäten auf das Trainingsareal soll einen aktiven Einsatz darstellen, den Rest der Fläche in Ruhe zu lassen. Somit sollen Konflikte mit Wanderern zum Beispiel auf „wilden Trails“ vermieden werden, denn diese gäbe es bereits. Der Trail besäße

zum Vergleich zu den Jura-Trails, Schmausenbruck und Osternohe keine überregionale Anziehungskraft. Für einen Massentourismus sei dieser einfach zu klein. Der DAV wollte keinesfalls eine überregionale Aufmerksamkeit für das Trainingsgelände erzielen. Dies wurde durch die Rascher Landwirte erzeugt, so Herr Dr. Güther. Das Areal sei mit dem Fahrrad schnell und einfach von Altdorf und Umgebung erreichbar. Der Trail wurde am 13. Juli 2024 an die natürlichen Gegebenheiten angepasst und eingerichtet. Der Plan des Trainingsparcours ist bei der Naturschutzbehörde zur Genehmigung und wird erst nach Zustimmung in die Errichtung gehen. Der DAV spricht sich für ein generelles Parkverbot auf der Schotterstraße zwischen Rasch und Unterölsbach aus. Des Weiteren wird die DAV-Sektion auf dem Areal für Sauberkeit und Ordnung sorgen.

Weiter gibt Herr Dr. Güther an, dass sich das Gremium des DAV eine Frist auf 2 Jahre gesetzt habe, um dann die Frequentierung zu prüfen. Sollte das Projekt überhand nehmen, wird der DAV den Rückbau vollziehen.

Herr Dr. Güther weist darauf hin, dass generell keine Baumfällungen oder Erdverdichtungen durch den Bau der Strecken entstehen. Damit schließt er seine Präsentation und stellt sich den Fragen aus dem Gremium.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer gibt zu bedenken, dass an der Nordseite der Anlage wilde Trails entstehen könnten, da seiner Meinung nach diese Strecke Richtung Autobahn mehr Steigung und Strecke für die Radfahrer bieten würde. Des Weiteren zeigt er auf, dass dieser Trail durchaus jetzt schon Publikum anziehen würde. In einem Zeitraum von 4 Stunden wären am Tag der Errichtung bereits 5 Mountainbiker unterwegs gewesen. Weiter sieht Lehmeyer die Parksituation als bedenklich. Er teilt mit, dass Eltern die ihre Kinder dorthin begleiten würden, durchaus nicht mit dem Fahrrad, sondern eher mit dem Auto dort hinfahren und ihr Fahrzeug möglichst nahe an dem Trail abstellen. Herr Lehmeyer sieht den Standort weiterhin als falsch da ein Fahrradtrail näher an einer bestehenden Infrastruktur mit Parkplätzen und WC-Anlagen gebaut werden sollte. Auch findet er, dass die Einbeziehung und Information bezüglich des MTB-Trainingsareals eher stattfinden hätte müssen. Weitere Bedenken von Herrn Lehmeyer stellen die Haftung bzw. Versicherung der angrenzenden Pächter dar, dem schließt sich Gemeinderatsmitglied Alois Braun an.

Gemeinderatsmitglied Thomas Frauenknecht stellt die Frage, ob Rettungswege vorhanden seien bzw. die bestehenden Wege ausreichen würden.

Herr Dr. Güther geht auf die Bedenken aus dem Gremium wie folgt ein:

Der DAV errichtet die Anlage gerade, weil die „wilden“ Strecken so umgangen werden sollen. Die Mountainbiker am Errichtungstag waren Testfahrer der DAV-Berggruppe, sie sollten die Trails mit ihren Rädern befahren und somit Spuren zu legen. Die Parksituation sieht er nicht als bedenklich, da sich der DAV klar für ein Parkverbot ausspricht sowie geplant sei, dass sich die jeweiligen Kindergruppen des DAV mit ihren Betreuern in Altdorf treffen und gemeinsam dort hin- und zurück fahren. Der DAV sei eigens versichert und wird für die Haftung aufkommen. Bei Baum Fällungen, die aber aufgrund der natürlichen Bauweise nicht anfallen werden, wird mit den Pächtern Kontakt aufgenommen werden. Der Rettungsweg sei durch Schotter befestigt, die Höhenmeter des Trails würden sich auf rund 150 m Luftlinie belaufen, daher werden seitens des DAV keine Bedenken bei einer Rettung erwartet, so Herr Dr. Güther.

Abschließend dankt Bürgermeister Bergler dem Vortragenden und bittet die DAV-Sektion Altdorf die Sicherheitsbedenken der Gremiumsmitglieder ernst zu nehmen und zu besprechen. Herr Dr. Güther bedankt sich für die Gelegenheit, dass er die Informationen über das Trainingsareal vorstellen durfte und wird die Sicherheitsbedenken aus dem Gremium intern besprechen.

8. Vollzug der Baugesetze; Bauanträge und Voranfragen
- 8.1 Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage auf dem Grundstück Fl.-Nr. 834/20 der Gemarkung Oberölsbach in Gnadenberg

Sachverhalt:

Das geplante Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Gnadenberg – Westliches Klosterfeld Deckblatt“. In der Vergangenheit sind die Bauvorhaben in der näheren Umgebung bzgl. der Zulässigkeit wohl noch nach § 34 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) behandelt worden, da die Rechtskraft des o. g. Bebauungsplans noch nicht abgeklärt war (mittlerweile geschehen in Abstimmung mit dem Landratsamt Neumarkt).

Da der Bebauungsplan aus dem Jahr 1971 recht gegensätzliche Festsetzungen zu der vorherrschenden Bebauung enthält (z. B. dürften größtenteils nur Hanghäuser mit Flachdächern errichtet werden; tatsächlich ist kein einziges Gebäude mit Flachdach zu finden), empfiehlt die Gemeinde sich auch wieder am Maßstab des § 34 BauGB zu messen und die Befreiungen zum Bebauungsplan im nötigen Umfang zu erteilen.

Das Gebäude fügt sich in die Umgebungsbebauung ein. Im näheren Umfeld gibt es bereits ein Gebäude mit Walmdach.

Die Nachbarbeteiligung ist vollständig.

Die Erschließung ist gesichert.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen. Von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplans „Gnadenberg – Westliches Klosterfeld Deckblatt“ wird eine Befreiung erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Thomas Frauenknecht und Hans Bogner sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

- 8.2 Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1466 der Gemarkung Berg in Berg

Sachverhalt:

Das geplante Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Gänswiesen“.

Da das Bauvorhaben nicht alle Festsetzungen des Bebauungsplans einhält, beantragen die Bauherren die Befreiung von der Nr. 0.6.11 des selbigen bezüglich der Dachform.

Im Bebauungsplan ist ein Satteldach mit einer Dachneigung von 28 bis 34 Grad festgesetzt. Geplant ist ein asymmetrisches Satteldach mit einer Dachneigung von 22 bzw. 40 Grad. Es handelt sich um eine geringfügige Überschreitung der Dachneigung. Die Bauherren möchten den Stauraum über dem Schlafzimmer/Bad und der Ankleide nutzen, deshalb wurde hier eine Erhöhung der Dachneigung geplant.

Die Erschließung ist gesichert. Es liegen alle Nachbarunterschriften vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Vorhaben das gemeindliche Einvernehmen. Die Befreiung von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplans „Gänswiesen“ wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Erna Späth kann an der Abstimmung nicht teilnehmen, weil sie nach Art. 49 GO persönlich beteiligt ist.

Gemeinderatsmitglied Hans Bogner ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

8.3 Bauangelegenheiten in laufender Verwaltung - Gemeinderat zur Kenntnis

Sachverhalt:

Lfd. Nr.	Name, Anschrift	Bauvorhaben	Einvernehmen erteilt
37-2024		Neubau eines Dreifamilienwohnhauses mit Gewerbeeinheit auf den Grundstücken Fl.-Nr. 755/1 und 755/2 der Gemarkung Haimburg in Oberwall	ja

9. Behandlung der Anregungen aus den Bürgerversammlungen 2024 : Berg, Loderbach, Oberölsbach, Hausheim, Stöckelsberg, Sindlbach.

Sachverhalt:

Der erste Bürgermeister geht auf die aus der Bürgerschaft vorgebrachten Anregungen und Fragen bei den im April stattgefundenen Bürgerversammlungen ein.

Die entsprechenden Protokolle der einzelnen Bürgerversammlungen haben die Mitglieder des Gemeinderates bereits mit der Sitzungseinladung erhalten.

Bürgerversammlung -Altgemeinde Berg-

1. Ablauf der Bürgerversammlung:

I. Vortrag des Bürgermeisters zur Situation und Entwicklung der Gemeinde Berg mit einer Power-Point-Präsentation.

II. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:

1. Ortsumfahrung Berg

I. Helmut Klein: OU bedeutet großer Flächenverbrauch: Fachbehörde hat die Straße geplant

II. Manfred Steidle: Wann ist Bau der Umgehung fertig? → Hinfällig.

III. Bernd Rieger, Neumarkter Str.: Tempo 30 in Ortsdurchfahrt: Ist das möglich?

IV. Sinnvolle Umgehungsführung? Verkehrskonzept für alle Ortsteile. Lärmschutz etc. Wäre ein neues Verfahren.

V. Franziska Gimpl: Thema Umfahrung ist emotional. Umfahrung kann zu mehr Verkehr führen. Umwidmung der Straße im Gespräch. Gemeinde hat keine Zuständigkeit.

VI. Andreas Schneider: Umgehung zerstört Schwarzachtal zerstört. Stattdessen Lärmschutz Maßnahmen. Lärmaktionsplan. Solidarische Verkehrsführung. Förderung für Schallschutzfenster.

VII. Elektroautos machen den Verkehr leiser, hoher Landverbrauch,
=>*Bürgerentscheid 12.05.2024*

2. Jakob Kreuzer: Tummersbach: Überlauf-Klappe prüfen, Reinigung erforderlich und Gehölzpflege.

I. *Das Thema „Tummersbach“ soll mit den Fachbehörden (WWV & LRA) mit einem Orts-termin besprochen werden.*

3. Jakob Kreuzer: Abfalleimer in der Nähe des Kindergartens Schatzinsel fehlen

I. *Bauhof*

4. Erlenweg/Gartenstr. Stromleitung:

I. *Standort der neuen Trafostation mit Bayernwerk vereinbart, Bauarbeiten sollen noch 2024 beginnen und abgeschlossen werden.*

5. In den Ortschaften wird zu spät gemäht, Priorität innen vor außen, Gemeinde muss Artenschutzgesetz beachten: 2019 Bürgerentscheid „Rettet die Bienen“.
 - I. *Mäharbeiten in den Ortschaften wurden auf Anordnung von Bürgermeister zeitlich vorgezogen.*
6. Johanna Nießbeck: Bushäuschen und Ortsmitte in Meilenhofen im kleinen Rahmen umgestalten, Verbesserungen wie Infotafel, Probleme bei Berger Friedhof: Pflaster und Stolperstufen,
 - I. *Zuwendungsfinanzierte Umsetzung durch ALE wohl erst 2027 möglich!*
 - II. *Rücksprache mit Bürgerinnen und Bürger vor Ort*
 - Stolperstufen umgehend durch Bauhof beseitigen, Gefahr im Verzug!*
7. Michael Hollweck: Frage nach Bauland im Hauptort Berg
 - I. *Derzeit finden Verhandlungen mit Grundstückseigentümern statt*
8. Andreas Königsberger: Zufahrt bei AHA, Parkplätze für Anwohner durch AHA belegt Lösung finden, eventuell Schulparkplatz oder Anwohnerausweis
 - I. *Umsetzung von 5 weiteren Parkplätzen wurde vom GR abgelehnt.*
9. Björn Burger: Baugebiet Äußere Sanden, Auto Marx plant Erweiterung der Autowerkstatt, B-Plan müsste geändert werden, damit eine Bebauung möglich ist, Anwohner befürchten höhere Verkehrsbelastung durch Zunahme von LKW-Verkehr
 - I. *B-Plan Änderung muss GR zustimmen, Abstimmung mit LRA notwendig*

Bürgerversammlung – Altgemeinde Loderbach-

1. Ablauf der Bürgerversammlung:

- I. Vortrag des Bürgermeisters zur Situation und Entwicklung der Gemeinde Berg mit einer Power-Point-Präsentation.
 - II. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:
2. Verkehrssicherheit in Kadenzhofen und Riebling 30 km/h-Beschränkung wird nicht eingehalten, *Vorschläge: Hinweisschild, Überwachungsgerät, Kontakt mit Polizei Rieblinger Straße*
3. Rieblinger Straße → Umwandlung in Flurbereinigungsstraße prüfen, ob nur noch Anlieger durchfahren können → was ist rechtlich möglich
Straße von Riebling nach Kadenzhofen ist als Gemeindeverbindungsstraße gewidmet!
4. Defektes Schild in der Weingartenallee
 - I. Gehweg vor Schwarzachbrücke in Loderbach ist beschädigt
 - II. *Wird vom Bauhof überprüft!*
5. 30 km/h-Schild bei Kadenzhofen/Loderbach besser platzieren
6. Dorfvorstand von Richtheim:
 - I. Spielplatztafeln mit QR-Code für Unfälle,
 - II. Mülleimer oft voll bei Bushäuschen und Spielplatz, Prüfen der Müllsituation und Installation weiterer Mülleimer,
 - III. Straßenbeleuchtung im „alten Dorf“ Richtheim und an der Brücke defekt,
 - IV. *Wird regelmäßig an des Bayernwerk gemeldet.*
 - V. Anschlagstafel der Gemeinde, Versetzung zur Kreuzungsmitte gewünscht, Spielplatz ist schlecht ausgeleuchtet, ab Dämmerung bitte eine Solarleuchte etc. anbringen
Spielplätze werden generell nicht extra ausgeleuchtet. (Straßenbeleuchtung)
7. Straßenbeleuchtung im Winter: Das Bushäuschen befindet sich zwischen zwei Laternen, am Häuschen selbst bitte LED anbringen oder auf jeden Fall anderweitig beleuchten.
 - I. *Defekte Leuchtmittel der Straßenbeleuchtung werden generell mit LED nachgerüstet.*
8. Der Schulweg der Kinder soll allgemein durch LED ausgeleuchtet werden:
 - I. *Der Begriff „Schulweg der Kinder“ ist räumlich schwierig zu greifen. In der Regel sind alle Straßen durch die Beleuchtungseinrichtungen ausreichend ausgeleuchtet.*

9. 30 km/h-Beschränkung wird nicht eingehalten. Stauffenbergstr. und Meilenhofener Weg, Prüfung und Kontrolle
10. Ortsumfahrung Berg
 Sicherstellung, dass bei OU-Planungen alle Bürger einbezogen werden
 Vorschlag zur Einschaltung eines Anwalts für KFZ-Zählung und Lärmberechnung, Prüfung der Möglichkeiten des Lärmschutzes, LKW-Beschränkung nach Bau der OU, Klärung, ob 12t-Beschränkung bleibt,
Bürgerentscheid am 12.05.2024
11. Beleuchtung bei Zufahrt zum Gewerbegebiet Loderbach bzw. Einfahrt Burger-King von der Autobahn + Beleuchtung geht zumindest zeitweise nicht,
I. Wurde der Firma Klebl als Betreiber der Straßenbeleuchtung gemeldet!
12. 30 km/h-Schild bei Abfahrt vom Autohof
13. Parkplatzprobleme bei Veranstaltungen und Kirche Verkehrssicherheit bei Kriegerdenkmal
I. Thema ist GR & Verwaltung bekannt
14. Hölzlweg: Buchsbäume bzw. Tuja stutzen
I. Wird überprüft / ggf. private Hecken!

Bürgerversammlung -Altgemeinde Oberölsbach-
--

1. Ablauf der Bürgerversammlung:

- I. Vortrag des Bürgermeisters zur Situation und Entwicklung der Gemeinde Berg mit einer Power-Point-Präsentation.
- II. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:
2. Spielplatzverordnungs- und Hundeverbotsschilder in Oberölsbach, Straßfeld und im gesamten Gemeindegebiet.
I. Hundeverbotsschilder sind an allen Spielplätzen installiert worden.
II. Es gibt nur für die Berger Spielplätze eine Satzung bzw. Spielplatzverordnung
3. Kindergarten Oberölsbach:
 Sinkende Anmeldezahlen
 10 Kinder weniger, Berufspraktikantin muss gehen
 Lösung mit Kirchenstiftung und Gemeinde finden
 Finanzielle Belastung der Kirche: Defizit nicht tragbar
4. Ortsumfahrung Oberölsbach
 I. In der Schwebe, wegen Grundstücksverhandlungen
 II. Anfrage an Landkreis Umgehungsstraße neu planen
5. Ortsdurchfahrt Oberölsbach entlang der Staatsstraße, 30 km/h Begrenzung
I. Antrag an die Untere Verkehrsbehörde
6. Ortsdurchfahrt Oberölsbach Richtung Sindlbach Zone 30 Beschilderung und Blitzer:
7. Gehweg in Richtung Autobahn-Unterführung mit Schotter befestigt sollte geteert werden
Bei der damaligen Herstellung wurde ein Gehweg mit Randeinfassungen aus Bordsteinen sowie der erforderlichen Verrohrung des Straßengrabens aus Kostengründen nicht in Betracht gezogen. Die Ausführungen waren die Vorgaben des Landkreises.
 I. Anderer Standort für Blitzer, Richtung Grundstück Rupert Wurm
 II. 30er Zone-Beschilderung überprüfen
8. Sperberweg:
 I. Bäume/Sträucher zuschneiden
 II. wird geprüft
9. Geschwindigkeitsbegrenzung Autobahn:
 I. Antrag stellen
10. Löschweiher Gnadenberg
 Undicht; Sanierung bereits in Prüfung

Mit der Feuerwehr wurde eine Probefüllung vereinbart. Dies konnte aber terminlich bis dato noch nicht durchgeführt werden. Für den Brandschutz ist der Löschbehälter nach Erneuerung der Ortsnetzleitungen nicht zwingend erforderlich.

11. Schwarzachbrücke an der Staatsstraße
Die Durchflussmenge des Baches (Schwarzach) stimmt nicht mehr.
Anregung wird an des WWA & Straßenbauamt Regensburg weitergeleitet werden.
12. Geschwindigkeitsanzeige und Ortstafel
 - I. 50 – 80 m weiter raus versetzen
 - II. Fest installierten Blitzer prüfen
 - III. Fahrbahnteiler vor Autobahnauffahrt bei Mike (Staatsstr. vor Autobahnauffahrt Richtung Regensburg → Antrag stellen
 - IV. Ortstafel an der Staatsstraße versetzen, Geschwindigkeitsreduzierung zwischen Autobahnauffahrt und Ortseinfahrt von 70km/h auf 50 km/h möglich
13. Kreuzung Staatsstr./ Kreisstraße Sindlbach,
 - I. Markierung erneuernFußgängerfurt, wäre möglich aber nur wenn Schulweghelfer Hilfestellung leistet
Ampel + Fußgängerweg prüfen
Fußgängerüberwege aller Art waren mehrmals Thema mit dem Straßenbauamt, scheitert letzten Endes immer an der Anzahl der notwendigen Querungen.
14. Radweg Altdorf – Berg:
 - I. Zweige fallen runter
 - II. Zuständigkeit prüfen
 - III. Bauhof
15. Friedhof Gnadenberg
 - I. Spitzgraben säubern.
 - II. Leitplanke eingebogen, durrer Baum
 - III. Bauhof
16. Beleuchtung Unterölsbach, Kreisverkehr: Funktioniert nicht
I. Bauhof/Bayernwerk
17. Radweg OÖ-Meilenhofen.
 - I. Teerdecke reißt ab bei Kläranlage
 - II. Bauhof (Schadstelle bekannt)
18. Kreisstraße,
 - I. Straße Am Stein Spiegel anbringen, *Erledigt*
19. Lohbrunnen, bei Sendemast:
 - I. Fahrbahn ausgießen mit Teer, Schild aufstellen
 - II. *Situation bekannt, Bauhof*
20. Risse in der Teerdecke am Parkplatz beim Schützenhaus
 - I. *Schadstelle bekannt, ist aber teilweise Privatbereich!*

Bürgerversammlung - Altgemeinde Hausheim-

1. Ablauf der Bürgerversammlung:

- I. Vortrag des Bürgermeisters zur Situation und Entwicklung der Gemeinde Berg mit einer Power-Point-Präsentation.
 - II. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:
2. Teerdecke am Gullideckel:
 - I. Defekt am Gullischacht in der Nähe bei Vitus Marx (Peter und Paul Str. 4a)
 - II. Reparatur erforderlich
 - III. *Bauhof prüfen und ggf. erledigen.*
3. Baumzuschnitt:
 - I. Gemeindeverbindungsstraße Haslach-Gspannberg rechte Seite
Gerade für Busse ist das aktuell schwierig
 - II. *Prüfung Bauhof / ggf. Privatflächen*
4. Forstweg Richtung Dillberg:
Dachprofil nacharbeiten, Kontaktaufnahme mit Marktgemeinde Postbauer-Heng

Weg Richtung Kaltenbach befestigen

Seitens des Marktes Postbauer-Heng wurde zwischenzeitlich die Nachbesserungen der Waldwege zugesagt!

5. Neue Ortsschilder:
 - I. in Kleinvoggenhof aufstellen
 - II. *Notwendigkeit wird geprüft!*
6. Straßenausbesserung
 - I. Straße bei Voggenhof reißt wieder auf
 - II. Erneute Ausbesserung notwendig
 - III. *Bauhof*
7. Weg zum Waldkindergarten
 - I. Weg nicht befahrbar
 - II. *bereits erledigt*
8. Hochwasserabführung
 - I. Bauhof prüfen, ob, was und wo Maßnahmen notwendig sind!

Bürgerversammlung – Altgemeinde Sindlbach-

Ablauf der Bürgerversammlung:

- I. Vortrag des Bürgermeisters zur Situation und Entwicklung der Gemeinde Berg mit einer Power-Point-Präsentation.
- II. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:
 1. Raser in der Ortschaft Sindlbach:
Überwachung und Schilder, zuständig Polizei oder kommunale Verkehrsüberwachung
 2. Funkmasten in Bischberg und Sindlbach
 - a. Anzahl der Masten: Notwendigkeit in Bischberg und Langenthal
 - b. Funkmast bereits im Gemeindegebiet Lauterhofen
Bedarfsanalyse!
c. Für die Schließung des Mobilfunknetzes u.a. für Sindlbach und Langenthal wohl unabdingbar.
 3. Gemeindlicher Weg bei Langenthal (bei Stromleitung, Parkplatz), Neben Kreisstraße, rechts Weg: Senkungen im Weg
 - a. *Annahme: Es handelt sich um den Gehweg zwischen Sindlbach und Langenthal parallel zur Kreisstraße. Prüfung wird vorgenommen.*
 4. Bewuchs in Bankett, Burkertshofen:
 - a. Sturzflutenkonzept aufgrund Starkregen
 - b. *Konzept wird Ende 2024 vorliegen!*
 5. Maschinen bei Angerstr. / Mühlstraße
 - a. Platz wieder herrichten
 6. Friedhofskonzept:
 - a. Bürgerbeteiligung gewünscht
 - b. Verbesserungsvorschläge: Split entfernen, pflastern und/oder begrünen
 7. Erneuerung Leichenhaus/Aussegnungshalle
Nicht im Sanierungskonzept enthalten
 8. Kriegerdenkmal
 - a. Sanierung
 - b. *Beschädigte Bordsteine wurden von Bauhof repariert*
 - c. Trinkwasserqualität bei Kriegerdenkmal prüfen bzw. Schild anbringen
 - d. *Schild: Kein Trinkwasser kann angebracht werden*
 9. Entwässerungsrinnen, Lüssweg-Jakobistr.
Behebung erforderlich
 - a. *Wird überprüft und wird ggf. Behoben werden*
 10. Hausnummern am Rohrenstädter Weg:
 - a. Keine Ausschilderung Nr. 20 und 22
 11. Langenthal Böschung und Gräben mähen
Pflegetmaßnahmen

- a. Wurde durch Bauhof bereits nachgearbeitet.

Bürgerversammlung – Altgemeinde Stöckelsberg-

1. Ablauf der Bürgerversammlung:

- i. Präsentation
- ii. Fragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung:
2. Froschzäune bitte beibehalten
3. Situation der Glascontainer in Rohrenstadt: Standort befestigen
 - a. *Der Bauhof ist bemüht, dass Fremdadlagerungen (Müll) und Verunreinigungen durch Glasscherben beseitigt werden.*
4. Hundethematik:
Leinenpflicht: *Grundsätzlich keine Leinenpflicht.*
Hundekot: *Halter verantwortlich, Verordnung und Gebühren bei Verstoß prüfen*
5. 365 € Ticket: Zuschuss prüfen für z.B. mehrere Kinder
6. Bauplätze Stöckelsberg
Neues Baugeb. Schritt 1, Bauland kann entwickelt werden; Grundstück wurde erworben
Evtl. vorab Teilerschließung, für ortsansässige, junge Familien
7. Kommunale Wärmeplanung
Gemeinde Berg wartet ab, was die Bayerische Landesplanung vorsieht
8. Unterrohrrenstadt; Bankette befestigen
 - a. *Bankette werden im Schadenfall immer versucht zeitnah nachzubessern!*
9. Friedhof Stöckelsberg
 - a. Geländer in Sanierungsplanung, lockere Pflasterplatten prüfen.
 - b. Ist in der Sanierungsplanung berücksichtigt!
 - c. Treppenaufgang wird sicherheitstechnisch überprüft
10. Spielplatz/Feuerwehrhaus: Bushäuschen möglich?
Prüfen, ob möglich und versicherungstechnisch abgedeckt.
11. E-Mobilität, Fahrräder:
 - a. Ist es ist geplant, die Fahrradwege auszubauen?
Fahrradwege: Kein aktueller Plan, Förderung prüfen, Anträge evtl. beim Kreis stellen.
 - b. *Gemeinde Berg & Lauterhofen → Lückenschluss schaffen.*
große Gefahr für Fahrradfahrer Kreisstraße Oberölsbach/Stöckelsberg,
Ausschilderung prüfen
12. Tempo 30 an Bushaltestelle: Verkehr und Verkehrsspiegel in Mitterrohrrenstadt
 - a. *Wird durch Ortseinsicht überprüft werden!*
13. In Reicheltshofen stehen viele alte Autos und Busse etc.
Verwaltung prüft die Angelegenheit
14. Hagenhausener Str. / Altdorfer Str. fehlt Teerstraße
 - a. *Wird durch Ortseinsicht überprüft werden!*
15. Friedhof Gartenabfälle
16. Holz für Sonnwendfeuer: Gartenabfälle werden abgeladen.
17. Sportplatz Unterrohrrenstadt: muss befestigt werden, es sind Löcher enthalten
 - a. *Unterhalt liegt bei Gemeinde / kein regelmäßiger Sportbetrieb / Nachbesserungen werden überprüft.*

Diskussionsverlauf:

Ergänzungen aus den Reihen der Zuhörer:

- In Loderbach soll auf Sauberkeit im Gewerbegebiet geachtet werden.
- In Oberölsbach wurde das Ortsschild bereits versetzt, somit könnte laut Herrn Wurm der Blitzer weiter ortsaußwärts aufgestellt werden.
- Der Löschweiher in Gnadenberg wurde bereits befüllt.
- Die Glascontainer in Hausheim wurden versetzt, Gemeinderatsmitglied Alois Sichert stellt die Nachfrage, wie das weitere Vorgehen dahingehend geplant sei damit eine Leerung dieser erfolgen könne. Ingenieur Birgmeier informiert, dass das alte Pflaster am

neuen Standort durch die FFW Hausheim verlegt wird und die Container wieder dort aufgestellt werden.

10. Einrichtung eines Jugendtreffs in Berg

Sachverhalt:

Die Gemeinde Berg hat die Möglichkeit, die Räumlichkeiten im Gebäude in der Hauptstraße 9 (ausgelagerte Kindergartengruppe St. Vitus Berg, ehemals Hirschmann-Anwesen) bis zum 31.12.2024 und möglicherweise darüber hinaus weiter anzumieten.

Diese Räumlichkeiten sollen vorübergehend für den Jugendtreff sowie für Jugendsprechstunden genutzt werden, bis die Renovierungsarbeiten im Rathaus I abgeschlossen sind. Derzeit befindet sich Selina Donhauser in den Räumlichkeiten am Sportzentrum in Berg, wo sie jedoch wenig Resonanz feststellen kann.

Da die Schule die Räumlichkeiten im Sportzentrum für das kommende Schuljahr selbst benötigen wird, bietet sich die Lösung in der Hauptstraße an.

Der Jugendtreff wird zudem ein Thema der Jugendbürgerversammlung am 13. September sein.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Susanne Hierl stellt die Nachfrage, wie der Jugendtreff organisiert werden soll. Bürgermeister Bergler erläutert, dass ein Jugendtreff zweimal in der Woche geplant sei, einen Tag wird Frau Donhauser übernehmen und der zweite Termin soll mit einer Honorarkraft (geringfügige Beschäftigung) abgedeckt werden.

Aus den Reihen des Gremiums wird die Auffassung vertreten, dass eine Anmietung der Räumlichkeiten vorläufig bis zum 31.12.2024 viel zu kurz sei, da die Jugendlichen ihren Treff selbst mitbestimmen, aufbauen und nutzen sollen.

Gemeinderatsmitglied Johannes Hierl erkundigt sich nach einem Konzept und welche Kosten für die Einrichtung des Jugendtreffs zu erwarten seien. Daraufhin teilt der erste Bürgermeister mit, dass die Jugendlichen in der Jugendbürgerversammlung in die Planung miteinbezogen werden sollen. Außerdem sei bereits eine Honorarkraft ausgeschrieben worden um unmittelbar nach dem Auszug des Kindergartens mit dem Jugendtreff dort starten zu können.

Gemeinderatsmitglied Alois Braun zeigt Bedenken bezüglich des Standortes auf, da in diesem Gebäude eine Familie mit Kindern wohnt und ein Jugendtreff wegen der erhöhten abendlichen Lautstärke zu Konflikten führen könne. Gemeinderatsmitglied Karin Zashka befürwortet den Jugendtreff an diesem Standort und die Arbeit von Selina Donhauser. Jedoch findet sie die Stunden von Frau Donhauser sehr knapp bemessen. Gemeinderatsmitglied Johannes Hierl bemängelt das fehlende Konzept und findet, die Einstellung einer Honorarkraft, obwohl nicht abzuschätzen ist, ob der Jugendtreff an diesem Standort besser angenommen würde zu überstürzt sei. Dem schließt sich Gemeinderatsmitglied Susanne Hierl an. Weiter fährt sie fort, dass der Beschlussvorschlag abgeändert werden sollte und bittet um das Einfügen einer Befristung in den Beschluss. Der Erste Bürgermeister erklärt, dass die Honorarkraft von ihm durchaus ohne Zustimmung des Gemeinderates eingestellt werden könne. Dies müsse auch zeitnah erfolgen, da der Jugendtreff aufgrund der Befristung ziemlich bald anlaufen soll, um bis Ende des abschätzen zu können, ob der Jugendtreff in Berg weitergeführt werden sollte.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Räumlichkeiten in der Hauptstraße 9 in Berg weiter bis zum 31.12.2024 anzumieten, um dort den Jugendtreff für die Gemeinde Berg vorübergehend unterbringen zu können.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 1

11. Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz angesichts der jüngsten Hochwasserereignisse

Sachverhalt:

Am 13. Juni fand eine Besprechung u. a. mit den Führungskräften der Feuerwehr statt um den Ablauf der Hilfsmaßnahmen bei den jüngsten Hochwasserereignisses am 01. Juni 2024 einzuordnen und mögliches Verbesserungspotential (u. a. an den Ausrüstungsgegenständen zur Hochwasserhilfe) auszuloten.

Teilergebnis der Besprechung war, dass Kreisbrandinspektor Klein eine Zusammenstellung anfertigen sollte, welche Ausrüstungsgegenstände angeschafft werden sollten oder müssten, um bei einem zukünftigen Hochwasserereignis besser gerüstet zu sein. Zur Angebotsabgabe wurden die Firmen „Fritz Massong GmbH“ und „Kilian Fire&Safety GmbH & Co. KG“ aufgefordert. Die Angebotseinholung mit der vorgenannten Zusammenstellung fand zwischenzeitlich durch Kreisbrandmeister Feihl statt.

Da verschiedene Positionen vom jeweiligen Anbieter am günstigsten angeboten werden konnten, ist eine Splittung der Vergabe denkbar, sofern auch bei einer Teilabnahme die angebotenen Preise gehalten werden können.

In der Haushaltsplanung 2024 sind Mittel für den Katastrophenschutz vorgesehen, aber diese Beschaffungen explizit nicht berücksichtigt. Auf Grund der Dringlichkeit wird eine Beschaffung im Jahr 2024 dennoch empfohlen.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Stefan Haas merkt an, dass zukünftig Klimaanpassungsmaßnahmen (z.B. wie von Frau Kimmich vorgeschlagen) getroffen werden müssen, da er der Meinung ist, dass die Klimaanpassung den Katastrophenschutz bedingt.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis von den Angeboten bzgl. der Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz angesichts der jüngsten Hochwasserereignisse. Die Verwaltung wird angewiesen die genannten Ausrüstungsgegenstände bei der in der jeweiligen Position am wirtschaftlichsten bzw. günstigsten anbietenden Firma zu beauftragen, sofern auch bei einer Teilabnahme die angebotenen Preise gehalten werden können. Andernfalls sind die Ausrüstungsgegenstände im Gesamten bei der Fa. Fritz Massong GmbH zu beschaffen. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass mit der Beschaffung Gesamtkosten i. H. von ca. 36.700,00 € bis 38.000,00 € einhergehen.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

12. Ergebnis Bündelausschreibung kommunale Erdgasbeschaffung 01.01.2025-01.01.2028

Sachverhalt:

Entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2023 hat die Gemeinde Berg an den vom Bayerischen Gemeindetag getragenen und vom Beratungsbüro KUBUS GmbH durchgeführten Bündelausschreibungen für die kommunale Erdgasbeschaffung teilgenommen.

Zu den erzielten Abschlüssen teilen der Bayerischer Gemeindetag und die KUBUS GmbH in einer gemeinsamen Erklärung folgendes mit:

Teilnehmer der Bündelausschreibung Oberpfalz sind die öffentlichen Auftraggeber aus dem Regierungsbezirk Oberpfalz, für die die Erdgasbeschaffung für den Zeitraum vom 01.01.25 bis 01.01.28 erfolgte. Es handelt sich insgesamt um 13 Auftraggeber. Es wurde im Rahmen der Bündelausschreibung "Oberpfalz, öffentliche Auftraggeber" ein Los ausgeschrieben. Es haben

sich vier Bieter an der Bündelausschreibung beteiligt. Erfolgreicher Bieter ist die Stadtwerke Bad Kissingen GmbH, Würzburger Str. 5, 97688 Bad Kissingen mit folgenden Arbeitspreisen:

2025: 4,1260 ct/kWh

2026: 3,8000 ct/kWh

2027: 3,3920 ct/kWh

Der Vertrag beinhaltet eine Mehr-/Mindermengenregelung von 10% (Angabe zur Ausschreibung: 1,29 Mio. kWh).

Bis 31.12.2024 wird die Gemeinde Berg noch von der Logo Energie GmbH, Euskirchen mit einem Arbeitspreis von 1,9076 ct/kWh beliefert. Bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von ca. 1,29 Mio. kWh ist mit folgenden Mehrkosten beim reinen Energiepreis zu rechnen:

2025: 28.617,36 Euro

2026: 24.411,96 Euro

2027: 19.148,76 Euro

Das Beratungsbüro KUBUS GmbH hat mit Schreiben vom 26.06.2024 den Vertragsentwurf des erfolgreichen Bieters übermittelt. Das Vertragsverhältnis ist bereits mit der Zuschlagserteilung zustande gekommen.

13. Wasserversorgung Verbundleitung Häuselstein - Traunfeld (Ermächtigungsbeschluss)

Sachverhalt:

Die Gemeinde Berg erstellt in Kooperation mit dem Zweckverband Pettenhofener Gruppe eine Verbundleitung zur Wasserversorgung zwischen dem Hochbehälter Häuselstein und der Zuleitung zum Hochbehälter Mitterstal bei Traunfeld. Die Länge der Verbundleitung beträgt 1.010 m. Die entsprechenden Beschlüsse zur Durchführung wurden vom Gemeinderat Berg und der Verbandsversammlung der Pettenhofener Gruppe entsprechend gefasst.

Die Verlegung der Wasserleitung erfolgt dabei in Eigenregie der beiden Wasserversorger. Die Erdarbeiten sollen durch ein zu beauftragendes Tiefbauunternehmen erfolgen. Der Leistungsumfang für die Rohrgrabenherstellung und Wiederverfüllung wird derzeit auf zirka 130.000,00 € geschätzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zur Vergabe der Erdarbeiten für die Erstellung der Verbundleitung zwischen Häuselstein und Traunfeld nach Durchführung einer beschränkten Angebotseinholung mit drei Firmen an den wirtschaftlichsten Bieter. Der Gemeinderat ist vom Ergebnis der Ausschreibung im Nachgang zu informieren.

Die Bauarbeiten sollen zu Beginn September 2024 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Ja 17 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Susanne Hierl ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

14. Bekanntgaben der Verwaltung, Anfragen der Gemeinderatsmitglieder und Verschiedenes

- 14.1 Arbeitskreis "Verkehr"

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler erinnert die Fraktionen an die Benennung eines Teilnehmers für den Arbeitskreis „Verkehr. Er bittet die LBG und CSU einen Teilnehmer zu nennen.

FW: Hans Bogner

SPD: Karin Zäschka
Bündnis 90/ Die Grünen: Stefan Haas
LBG: Johann Fürst
CSU: Susanne Hierl

Diskussionsverlauf:

Anmerkung von Gemeinderatsmitglied Susanne Hierl, dass sie nur teilnehmen kann, wenn die Termine für den Arbeitskreis mit ihr abgesprochen werden.

14.2 Kommunalangelegenheiten: Würdigung von Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2024

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler informiert das Gremium über die Würdigung des Haushaltsplanes vom Landratsamt Neumarkt i.d. OPf und teilt mit, dass die Unterlagen dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt werden.

Der Haushaltsplan sowie die Haushaltssatzung wurden dem Landratsamt Neumarkt i.d. OPf. vorgelegt und mit folgendem Ergebnis geprüft (Auszug):

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Berg für das Haushaltsjahr 2024 enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Der Kernhaushalt der Gemeinde Berg wird bereits seit vielen Jahren ohne neue Schulden bestritten, insoweit kann sich die Gemeinde als schuldenfrei bezeichnen. Dies gibt der Gemeinde eine maximale Bewegungsfreiheit, da weder Zinsen noch Tilgung anfallen. Dies darf als besonders erfreuliche Entwicklung bestätigt werden, da ist im Landkreis Neumarkt kaum vergleichbare Bewegungen in anderen Gemeinden gibt.

Die planmäßige Rücklagenentnahme schrumpft jährlich, was darauf hindeutet, dass sich der Soll-Überschuss wesentlich reduziert und in der Folge nicht mehr für Investitionen zur Verfügung steht. Es wird daher gewarnt, die Rücklagen zu sehr aufzubrechen und zugleich eine Fremdverschuldung in Zukunft zu beabsichtigen. Dies würde die finanzielle Bewegungsfreiheit der Gemeinde deutlich einschränken.

In absoluten Zahlen ist die Gemeinde im Landkreis der zweitgrößte Empfänger von Schlüsselzuweisungen im laufenden Jahr, pro Einwohner liegt die Gemeinde im Mittelfeld.

Die Gemeinde konnte im abgelaufenen Jahr 2023, trotz eines wirtschaftlich schwierigen Gesamtumfelds ein recht ordentliches Jahresergebnis, insbesondere in Form der Zuführung an den Vermögenshaushalt aufweisen. Diese Entwicklung bescheinigt einen sorgsamen Umgang mit den knappen Ressourcen in der Gemeinde Berg – dabei kann hervorgehoben werden, dass die Gemeinde seit Jahren auf eine Fremdfinanzierung verzichtet.

Es ist auch in Zukunft mit einem Anstieg der Anforderungen an die Gemeinden und ihre Verwaltungen zu rechnen, die mittelfristig erhebliche Ausgabenmehrungen im Verwaltungshaushalt mit sich ziehen werden. Vor diesem Hintergrund wird konkret nahegelegt, das mit über 33 Mio. € stattlich angedachte Investitionsvolumen im Einzelnen eingehend zu überprüfen und ggf. in Bezug auf den aktuellen Umfang zu überarbeiten bzw. zurückzustellen. Im Hinblick auf die aktuelle Lage wird empfohlen, dem Gemeinderat diese ergänzenden Prüfbemerkungen für weitere Überlegungen zur Kenntnis zu geben.

14.3 Kindergarten St. Birgitta Unterölsbach

Sachverhalt:

Der erste Bürgermeister informiert das Gremium bezüglich der Begehung des Kindergartens Unterölsbach und der bereits vorab mitgeteilten Anforderungen an die geplante Einrichtung einer Kita von Kindergartenleitung Frau Mauer. Die Unterlagen liegen dem Gremium vor. Ingenieur Birgmeier teilt mit, dass bereits geforderte Maßnahmen in die Wege geleitet wurden, wie

das Anbringen von Schutzgittern an den Herden und die Ergänzungen eines Klemmschutzes an den Türen. An der geplanten Generalsanierung für 2027 soll weiterhin festgehalten werden.

14.4 Antrag der SPD Gemeinderatsfraktion : Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Staatsstraße St2240

Sachverhalt:

Aufgrund des Antrages der SPD-Fraktion „Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Staatsstraße St2240 zwischen Berg b. Neumarkt i.d.OPf. und Meilenhofen“, hat das Landratsamt Neumarkt eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 70km/h auf der Staatsstraße St2240 zwischen Berg und Meilenhofen angeordnet.

Die Thematik wurde bereits in einer Verkehrsschau behandelt, bei der das Straßenbauamt Regensburg, die PI Neumarkt, die Gemeinde Berg und die Verkehrsbehörde des Landratsamtes teilgenommen haben. Es wurde festgestellt, dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Staatsstraße St2240 auf einer Teilstrecke bereits auf 70km/h reduziert ist, die Fachstellen waren sich einig, dass obwohl die Beschränkung aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht zwingend erforderlich ist, sie dennoch zur Harmonisierung des Verkehrsflusses empfohlen wird. Die Aufstellung der Beschilderung liegt beim Staatlichen Bauamt in Regensburg, (Straßenmeisterei Neumarkt), da es sich hierbei um eine Staatsstraße handelt.

14.5 Strukturkonzept zur Wasserversorgung in Berg

Sachverhalt:

Ziel des Strukturkonzeptes ist die dauerhafte Aufrechterhaltung und langfristige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung jener Anwesen, welche durch die Wasserversorgungsanlage des Wasserversorgungsunternehmens versorgt werden.

Das Konzept soll Aufschluss über die Bausubstanz der bestehenden Wasserversorgungsanlage geben und Abweichungen vom Stand der Technik aufzeigen. Weiter werden die langfristig erforderlichen Investitionen für die Umsetzung einer nachhaltigen Gesamtanlage dargestellt.

Das Strukturkonzept soll dem Wasserversorgungsunternehmen eine Entscheidungsgrundlage für künftige und nachhaltige Investitionen in die Versorgungsanlage liefern.

Die Kosten für die Erstellung stellen sich folgendermaßen dar.

- Gesamtkosten 28.553,00 EUR
- Förderfähige Kosten 28.553,00 EUR

Zuwendungen 19.987,10

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt das Ing. Büro Petter mit der Erstellung des Strukturkonzept zur Wasserversorgung Berg mit einer Gesamtauftragssumme von 28.553,00 €.

Gleichzeitig soll der Förderantrag nach RZWas mit einer voraussichtlichen Förderhöhe von 19.987,10 € beim Wasserwirtschaftsamt eingereicht werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

14.6 Nachfrage Bürgerentscheid : Behördliche Mitteilung

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Stefan Haas stellt die Nachfrage, ob die Ergebnisse aus dem Bürgerentscheid an die zuständigen Behörden bereits weitergeleitet wurden. Dies wird seitens der Verwaltung bejaht. Bürgermeister Bergler teilt mit, dass laut Herrn Schneider die bisherige Planung gestoppt sei und es wird ein Vorentwurf erstellt wird, welcher dem Gremium zur Abstimmung noch vorgelegt wird.

14.7 Pflasterarbeiten Waller Straße

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Alois Braun gibt an, dass an der Ecke Wallerstraße/Hauptstraße in Berg (Engelwirt) ein Baum entfernt wurde. Er bittet diese Stelle -welche zurzeit nur geschottert ist- mit einem Pflasterbelag zu versehen.

14.8 Feldkreuz am Nepomukplatz in Stöckelsberg

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer teilt mit, dass das Feldkreuz am Nepomukplatz zu sanieren wäre.

Das Feldkreuz steht auf Gemeindegrund. Bei der Entfernung, der über die Jahre bestehenden Büsche/Hecken zeigte sich, dass das Kreuz stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Peter Bergler
1. Bürgermeister

Tanja Warda
Schriftführerin